



Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten (Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen) Stand: 06/2018

Die nachfolgenden Beschreibungen gelten für den Umgang mit personenbezogenen Daten im Landratsamt Ilm-Kreis – Sozialamt – im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Anträgen auf die Gewährung von Leistungen nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX).

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen (Art. 13 Abs. 1 Buchst. a DS-GVO)

<u>Verantwortlicher:</u>	Landratsamt Ilm-Kreis - Sozialamt - Amtsleiter Ritterstraße 14 99310 Arnstadt	<u>Kontakt:</u>	Telefon: 03628 / 738-300 E-Mail: sozialamt@ilm-kreis.de
---------------------------------	---	------------------------	--

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (Art. 13 Abs. 1 Buchst. b DS-GVO)

<u>Postanschrift:</u>	Landratsamt Ilm-Kreis Datenschutzbeauftragter Ritterstraße 14 99310 Arnstadt	<u>Kontakt:</u>	Telefon: 03628 / 738-117 E-Mail: datenschutz@ilm-kreis.de
------------------------------	---	------------------------	--

3. Zwecke der Datenverarbeitung (Art. 13 Abs. 1 Buchst. c 1. Halbsatz DS-GVO)

Die Datenverarbeitung dient im Verwaltungsrecht grundsätzlich dem vom Antragsteller verfolgten Zweck und stützt sich dabei auf das im jeweiligen Fachgebiet einschlägige Verwaltungsrecht, jeweils immer in Verbindung mit dem für das Verfahren gültigen Datenschutzrecht.

In den übrigen Rechtsgebieten werden die Daten zur Anbahnung oder aufgrund von Verträgen erhoben.

Es werden Kontaktlisten/E-Mail-Verteiler geführt, die auf rein freiwilligen Angaben beruhen und die der besseren Zusammenarbeit mit Behörden, Vereinen und Einzelpersonen dienen.

- ➔ Die erhobenen Daten werden im Hinblick auf die Aufgaben nach den diesen zugrunde liegenden Gesetzlichkeiten verarbeitet. Gemäß § 1 des Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) ist es die Aufgabe des Rechtes der Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, für Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohte Menschen Leistungen zu gewähren, um ihre Selbstbestimmung und ihre volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken.
Ihre Daten werden daher im Rahmen des genannten Zweckes zur Bearbeitung des von Ihnen gestellten Leistungsantrages erhoben, verarbeitet und gespeichert.

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung (Art. 13 Abs. 1 Buchst. c 2. Halbsatz DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), beim Vollzug von Bundesrecht im übertragenen Wirkungskreis in Verbindung mit dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), beim Vollzug von Landesrecht im übertragenen Wirkungskreis oder in eigener Hoheit in Verbindung mit dem Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG).



Zum Teil regeln auch Fachgesetze den Datenschutz, vor allem dann, wenn höhere Schutzanforderungen bestehen, z.B. im Sozialrecht das zweite Kapitel des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X).

Bei Verträgen erfolgen das Erheben und Verarbeiten von Daten im gegenseitigen Einverständnis.

- ➔ Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung zum Zweck der Gewährung von Leistungen nach dem SGB IX (Leistungen zu Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) ist das Zweite Kapitel, §§ 67 ff. des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) in Verbindung mit dem Dritten Abschnitt, Erster Titel, § 35 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I).

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 Buchst. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

innerhalb des Verantwortlichen

➔ andere Ämter bzw. Bearbeiter, soweit das die Bearbeitung des Anliegens erfordert oder gesetzlich vorgeschrieben ist

Auftragsverarbeiter

➔ Rechenzentren des Bundes oder des Freistaats Thüringen oder des Landesverwaltungsamts, soweit es sich um zentral betriebene EDV-Anwendungen handelt
➔ im Ausnahmefall Softwareanbieter, wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass im Rahmen der Wartung und Pflege der EDV-Anwendungen der Hersteller des Verfahrens mit personenbezogenen Daten in Kontakt kommt

Dritte (außerhalb des Verantwortlichen)

➔ vor allem andere Behörden, die im Rahmen des Verwaltungsverfahrens zu beteiligen oder aufgrund rechtlicher Verpflichtung zu informieren sind

➔ andere Dritte, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften (z.B. Nachbarn im Baurecht) oder aufgrund von Verträgen (z.B. Omnibusunternehmen im Schülerverkehr) zu beteiligen sind oder die Gegenstand einer Anzeige/Mitteilung sind (z.B. Kontaktpersonen bei meldepflichtigen Krankheiten)

- ➔ Die im Rahmen eines Antrages auf Leistungen nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) erhobenen Daten werden wie folgt verwendet:
 - a) Innerhalb des Verantwortlichen
Soweit die Bearbeitung des Anliegens es erfordert oder es gesetzlich vorgeschrieben ist, werden die erhobenen Daten an weitere Bearbeiter/innen innerhalb des Amtes weiter gegeben.
 - b) Auftragsverarbeiter
Die Speicherung und Verarbeitung der erhobenen Daten erfolgt mittels EDV-gestützter Verfahren in eigener Verantwortlichkeit des Landratsamtes Ilm-Kreis. Im Rahmen von Wartungen und Programmaktualisierungen können in Ausnahmefällen gespeicherte Daten den betroffenen Softwareanbietern zur Kenntnis gelangen.
 - c) Dritte (außerhalb des Verantwortlichen)
Zur Bearbeitung des Antrags können von Dritten erhobene Daten notwendig sein (z.B. Jobcenter, Meldebehörden, Rentenversicherung). Die Rechtsgrundlage hierfür ist § 25 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) in Verbindung mit § 69 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X). Die erhobenen Daten werden weiterhin zum Zwecke gesetzlich vorgeschriebener statistischer Meldungen verwendet. Die gesetzliche Verpflichtung hierzu ergibt sich auf dem Teil 2 Kapitel 10 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (§§ 143 ff. SGB IX)
Bei der Nutzung landesrechtlich vorgeschriebener EDV-Anwendungen (Thüringer Antragssystem für Verwaltungsleistungen – ThAVAL) erfolgt die Speicherung und Verarbeitung erhobener Daten im Verantwortungsbereich des Landes Thüringen (Thüringer Landesrechenzentrum).
Bei der Stellung eines Antrages bei einem für die Bearbeitung dieses Antrages örtlich und/oder sachlich unzuständigen Leistungsträger erfolgt nach dem Zweiten Abschnitt, Erster Titel, § 16 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) bzw. nach Teil 1 Kapitel 4, § 14 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) die Weiterleitung des Antrags an den zuständigen Leistungsträger.

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation (Art. 13 Abs. 1 Buchst. f DS-GVO)



Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 Buchst. a DS-GVO)

Die Dauer der Datenspeicherung richtet sich nach der die Datenerhebung begründenden Rechtsgrundlage und kann kurzfristig (bei einfachen Informationen) bis dauernd (z.B. bei Bauanträgen) sein. Unterlagen, die eine Zahlung begründen, werden mindestens sechs Jahre aufbewahrt, die zugehörigen Buchungen zehn Jahre. Vorgänge im Verwaltungsverfahren werden nach Abschluss des Verfahrens noch einige Jahre aufbewahrt, z.B. zehn Jahre bei Leistungen der Sozialhilfe.

In Vertragsangelegenheiten gelten individuelle oder gesetzliche Löschfristen. Zum Beispiel werden Bewerbungsunterlagen nach Stellenausschreibungen nach Abschluss des Auswahlverfahrens gelöscht bzw. vernichtet, in Ausnahmefällen ggf. nach Ablauf der Probezeit des eingestellten Bewerbers.

Die Daten aus Kontaktlisten/E-Mail-Verteilern werden nach Ende der Zusammenarbeit gelöscht bzw. auch immer auf Wunsch des Betroffenen.

- ➔ Daten, die im Rahmen eines Antrages auf Leistungen nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) erhoben wurden, werden grundsätzlich mindestens zehn Jahre aufbewahrt. Die Frist beginnt mit dem Ersten des auf den letzten im Zusammenhang mit der Antragstellung stehenden Zahlungsvorgang bzw. des endgültigen Abschlusses der rechtlichen Prüfung des Vorganges folgenden Kalenderjahres.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

(Art. 13 Abs. 2 Buchst. b DS-GVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z.B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DS-GVO).

- ➔ Im Zusammenhang mit der Erhebung, Speicherung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten im Rahmen des Antragsverfahrens auf Sozialhilfeleistungen ergeben sich die Rechte des Betroffenen aus dem Zweiten Kapitel, Vierter Abschnitt, §§ 81 ff. Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X).

9. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 Buchst. c DS-GVO)



Wenn die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DS-GVO) beruht, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

(Art. 13 Abs. 2 Buchst. d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

11. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

(Art. 13 Abs. 2 Buchst. e DS-GVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten kann

- gesetzlich vorgeschrieben
- vertraglich vereinbart oder
- für einen Vertragsabschluss erforderlich sein.

Deshalb können Sie - je nach Sachverhalt - verpflichtet sein, personenbezogene Daten bereitzustellen. Wenn Sie **trotz Verpflichtung** die personenbezogenen Daten nicht bereitstellen, kann Ihr Anliegen nicht bearbeitet werden.

- ➔ Die Erhebung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist für die Prüfung Ihres Anliegens notwendig. Insoweit sie auf einer gesetzlichen Verpflichtung beruht, kann eine Bearbeitung Ihres Antrages ohne die hierfür erforderlichen Daten nicht erfolgen. Die gesetzliche Verpflichtung zur Bereitstellung bearbeitungsnotwendiger Daten sowie die Folgen einer ungerechtfertigten Verweigerung dieser Daten ergeben sich dabei aus dem Dritten Abschnitt, Dritter Titel, §§ 60 ff. Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I).

12. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß

Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 Buchst. f DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt **nicht** mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO:

13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

(Art. 13 Abs. 3 DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.

Das oben stehende Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten wurde mir am
zur Kenntnis gegeben.

Ein Exemplar des Merkblattes wurde mir ausgehändigt.

Antragsteller: _____

Datum

Unterschrift